

E-Government

Moderne Kommune = bargeldlose Kommune?



*Das E-Government-Gesetz fördert
Verwaltungsmodernisierung und
Bürokratieabbau*

Im Sommer 2013 ist das „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ (kurz E-Government-Gesetz) in Kraft getreten.

Ein verfassungsmäßiger Meilenstein? Die Verwaltung kann damit grundlegend auf elektronische Geschäftsprozesse umgestellt werden, die Bürgerinnen und Bürger können behördliche Prozesse elektronisch abwickeln.

Vor vielen Jahren gab es den Vorstoß mit der Baden-Württemberg Card, das verwaltungstechnische Handeln zu vereinfachen. Es hat sich damals nicht bewährt; zu wenig Anwendungen und zu viel Vorarbeit bei Verschlüsselungs- und Entschlüsselungstechnik. Einen zweiten Versuch gab es in Stuttgart in den 90er Jahren: Eine Geldkarte sollte für das Bezahlen in der Schülersmense, für die Musikschule oder für den Sportverein für einkommensschwache Familien eingesetzt werden.

Natürlich wollte man eine Stigmatisierung der Kinder beim Vorlegen der Karte vermeiden. Heute ist die GeldKarte breit eingeführt und akzeptiert, bei Schulen, Vereinen, der Musikschule, Schwimmbädern u. v. a. mehr. Das ist ein Zeichen, dass die technische Entwicklung auch hier die Bedenken überwunden hat, aber vor allem sehr viel kostengünstiger und damit für die Kommunen bezahlbar geworden ist. Mittlerweile wird der goldene Chip, so mein Eindruck, von sehr viel mehr Anbietern eingesetzt, ob beim Fahrkartenkauf, in Betriebskantinen, an Zigarettensautomaten oder in der Mensa.

Ich denke, dass es gerade auch bei Behördengängen sinnvoll wäre, über die GeldKarte Gebühren bis zu einer gewissen Höhe einzuziehen. Auch ein wichtiger Sicherheitsaspekt: keine Geldkassetten mehr im Schreibtisch.

Ein erfolgreiches Beispiel für die Nutzung elektronischer Medien findet sich in meinem Wahlkreis Schwäbisch Hall-Hohenlohe. Im Verkehrsgebiet des Kreisverkehrs Schwäbisch Hall und des Nahverkehrs Hohenlohekreises (NVH) nutzen bereits zahlreiche Bürgerinnen und Bürger eine elektronische Fahr-

karte – die Kolibri Card. Karteninhaber/-innen melden sich über ein sog. Check-in-/Check-out-Verfahren beim Ein-, Aus- oder Umstieg berührungslos an einem Kartenleser an und wieder ab. Das System wählt automatisch den günstigsten Tarif und die Bezahlung erfolgt bargeldlos. Die bekannte „lästige“ Kleingeldsuche erübrigt sich von selbst.

Und auch die Verbände wissen die gesammelten Daten zu nutzen. Sie werten die Informationen zur Streckenwahl für ihre Verkehrsplanung aus. Insgesamt 12.000 Kundinnen und Kunden nutzen in Schwäbisch Hall den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Elf Bahnhöfe und über 200 Busse stattete der Kreisverkehr Schwäbisch Hall mit Terminals aus. Seit 2011 kann die Karte in Schwäbisch Hall auch für das Parken verwendet werden. Das E-Ticket wurde inzwischen sogar beim Heilbronner Verkehrsverbund eingeführt. Und der Stuttgarter Verkehrsverbund will das System ebenfalls einführen.

Im Falle des E-Government-Gesetzes bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Erwartungen erfüllen – an die kommunale Verwaltung, die entsprechenden Standards umzusetzen, und an die Bürger/-innen, ihre Behördengänge tatsächlich online abzuwickeln. Schließlich müssen wir uns auch der Tatsache stellen, dass Datenmissbrauch oder illegale Datenweitergabe zunehmend auf der Tagesordnung stehen. Hier geht es primär um verwaltungstechnische Dienstleistungen, die nicht immer auch mit Geldverkehr zu tun haben. Es bleibt also die Herausforderung, das Datenschutzrecht an die Bedürfnisse der zunehmenden Digitalisierung anzupassen und zugleich die Autonomie des Einzelnen über seine eigenen Daten zu wahren.



Deutscher Bundestag
Annette Sawade

Seit Juni 2012 sitzt Annette Sawade im Deutschen Bundestag. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik und Schriftführerin in der SPD-Bundestagsfraktion. Gleichzeitig ist Frau Sawade Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK), Kreisverband Schwäbisch Hall, sowie stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende der SGK. Zudem gehört sie dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, sowie dem Petitionsausschuss an.